



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

was leben wir in einer spannenden Zeit, in der überkommene Ordnungen und Einstellungen in rasantem Tempo infrage gestellt werden, in der sich erdrutschartig Verhältnisse und Beziehungen verändern. Nicht nur Politiker, auch jeder Einzelne, soweit er nicht „die Schotten dicht macht“, sucht nach angemessenen Einstellungen und Lösungsansätzen für unsere von Krisen erschütterte Welt. Im Bundestag suchen wir Abgeordneten entsprechend. Zwischen den Extremen politischer oder gar militärischer Lösungsideen gilt es besonnen und aus den Erfahrungen unserer Geschichte lernend gemeinsame Wege aus den jeweiligen Krisen zu suchen. Und wir bemerken dabei, alles und alle haben immer mit allem zu tun.

Das furchtbare Attentat von Paris erschüttert uns auch deshalb so sehr, weil uns der Terror näher gerückt ist und sich zu einer permanenten Bedrohung der Zivilgesellschaft in Europa entwickelt. In der vergangenen Woche besuchte ich - wie zweimal im Jahr - meine alten Freunde in Jerusalem und erlebte, wie sie angesichts andau-

ernder Gefahr von tödlichen Anschlägen unbeirrt ihren Alltag leben. Wir werden schnell über das notwendige Maß an Einschränkungen individueller Freiheit zur Aufrechterhaltung der kollektiven Sicherheit unseres Lebens neu entscheiden müssen (z.B. im Bereich Datenschutz).

Und genauso werden wir über die Verwendung unserer „Überschüsse“, also des Vermögens, das über unsere notwendige Grundversorgung hinausgeht, nachdenken müssen. Weltweite Entwicklungshilfe (Bildung und Arbeit, persönliches, kleinteiliges Eigentum) als bestes Mittel gegen Terror, Krieg und Völkerwanderung, ökologisch bedingter Verzicht auf den rabiaten Verbrauch unserer Ressourcen, Luft (zum Atmen),

Land zum sicheren Leben (Klimawandel, Naturkatastrophen) und die Endlichkeit von Rohstoffen nötigen uns grundlegende Veränderungen unseres Konsumverhaltens ab, werden aber erfolgreich ignoriert oder durch „Feigenblätter“ von Entwicklungsprojekten wirksam verdeckt. Insofern sind die knapp fünf Milliarden Euro Aufstockung im Haushalt 2016, kleine Gräser auf dem Weg, wo wir Bäume bräuchten.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen
Ihr

Martin Patzelt



Am 6.11.2015 wurde ich von der CDU Hamburg-Barmbek als Podiumsteilnehmer zur Migrationskonferenz eingeladen.

Nachteile für Mehrkinderfamilien

Auf der Jahresversammlung des Verbandes kinderreicher Familien Deutschland in Köln konnte ich über die Diskussion der AG Familie berichten und spannende Vorträge miterleben.

Wieder einmal wurde deutlich, dass unser demografischer Knick durch den Rückgang der Mehrkinderfamilie (ab drei Kindern) verursacht wurde und dass der Gesetzgeber diesen Familien durch die Umsatzsteuererhöhung immer mehr

Einkommen gekürzt hat. Die letzten beiden minimalen Erhöhungen des Kindergeldes sind nicht einmal ein Ausgleich für die Mehrkosten der Verbrauchsteuer.

Hierzu bleibt meine Stimme weniger gehört, obwohl es elementare Auswirkungen hat, über die wir gemeinschaftlich klagen und die eine Heerschar von Gutachtern, Tagungen und vorläufigen Strategien bewegen.



Merkel 10 Jahre Bundeskanzlerin

Frau Merkel ist seit 10 Jahren unsere Bundeskanzlerin. Die innerparteiliche Diskussion in der CDU/CSU Fraktion machte – im Gegensatz zu jahrelangen medial geformten Bildern einer Zauderin und opportunistisch

abwartenden Politikerin - deutlich, dass sie sehr wohl ihre ethischen Grundsätze als Grenzen und Leitlinien ihres politischen Handelns hat und fern von einem immer wieder unterstellten Machtkalkül eine

gerade in der Krise besonnene, disziplinierte und kluge Führung anbietet. Wir können dankbar für eine solche Bundeskanzlerin in dieser schweren Zeit sein.

Situation uigurischer Flüchtlinge

Gespräch der Mitglieder des Menschenrechtsausschusses Michael Brand, Martin Patzelt und Angelika Glöckner mit Vertretern des Weltkongresses der Uiguren, Herrn Asgar Can, (2.v.li), und Herrn Ümit Hamit, (3.v.li), sowie den Delegierten Herrn Ulrich Delius (1.v.li) und Herrn Stefan Siebenrock (3.v.re) von der Gesellschaft für bedrohte Völker am 24.11.2015 über die Situation von in Thailand festgenommenen Uiguren, die von der Abschiebung nach China bedroht sind.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Bundesfreiwilligendienst auch für Flüchtlinge

Nicht erst zum 1. Januar, sondern schon ab Dezember wird das Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ umgesetzt. Damit werden zusätzlich 10.000 Plätze im Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Bewerbungen für diese Plätze können sich sowohl Einheimische als auch Flüchtlinge, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Flüchtlinge erhalten bei Bedarf vor ihrem Dienstbeginn einen vierwöchigen Sprachkurs. Der Einsatz soll in Bereichen der Flüchtlingsbetreuung

erfolgen, z.B. beim Sport in den Unterkünften, bei Begleitung von Behördengängen und Arztbesuchen sowie bei Dolmetscher- oder Fahrdiensten. Mit diesem

Programm sollen nicht zuletzt die zahlreichen Ehrenamtlichen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, ein Stück weit entlastet werden.

Das Programm ist zunächst bis 2018 befristet. Der Bund stellt dafür 48 Millionen Euro bereit. Neben diesem Sonderprogramm läuft der reguläre Bundesfreiwilligendienst mit derzeit 35.000 Plätzen.

Der Bundesfreiwilligendienst dauert in der Regel zwölf Monate. Einsatzgebiete sind z.B. die Altenpflege, der Naturschutz oder die Jugendarbeit.

Die „Bufdis“ erhalten ein Taschengeld in Höhe von maximal 363 Euro sowie einen Zuschuss zur Sozialversicherung.

Im Unterschied zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und zum Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) können sich für den Bundesfreiwilligendienst Frauen und Männer jeden Alters bewerben.

Strafverfolgung bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit



Als Menschenrechtspolitiker setze ich mich mit der Teilnahme an einer internationalen Unterschriftenaktion für eine Menschenrechtsklage gegen Jiang Zemin ein. Jiang Zemin hat als ehemaliger Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) (1989–2002) mit dem Verbot der Meditationsbewegung Falun Gong im Jahre 1999 deren Verfolgung mit einhergehendem Organraub initiiert.

Sollte China nicht willens oder nicht in der Lage sein, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit ernsthaft zu verfolgen, wäre die Strafverfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nur konsequent.